

Mittelstand stärken	Energie- u. Klimapolitik gestalten	Umweltvorgaben prüfen	Steuern u. Recht verbessern Sozialversicherung stärken	Freien Handel sichern
<p>Energiekosten des industriellen Mittelstands begrenzen Mit über 50% belastet der staatliche Anteil an den Energiekosten die Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Mittelstands in Deutschland sehr. Mittelständler erfüllen die Voraussetzungen für die Entlastungen oft nicht, auf neue Eigenstromanlagen wird die volle EEG-Umlage fällig. Das System der Belastung des Strompreises und Entlastung der Energieintensiven funktioniert nicht mehr. Staatlich induzierte Energiekosten sind zu senken.</p>	<p>Energiepolitik marktwirtschaftlich und kohärent gestalten Das energiepolitische Zieldreieck (Umweltschutz, Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit) muss ins Lot gebracht werden. Bislang ist nur das Umweltziel quantifiziert, dabei laufen die Kosten aus dem Ruder. Die Förderung der Erneuerbaren Energien und der Effizienz sowie die Maßnahmen für die Versorgungssicherheit müssen sich konsequent am Maßstab der Wirtschaftlichkeit orientieren.</p>	<p>EU-Vorgaben 1:1 umsetzen – Keine nationalen Alleingänge Ein Großteil des für Deutschland geltenden Umweltrechts wird von der EU beschlossen. Deutsche Sonderregelungen sowie Verschärfungen von EU-Recht führen zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten deutscher Unternehmen und müssen beendet werden. Aktuelle Beispiele dafür sind die noch umzusetzende EU-Richtlinie über mittelgroße Feuerungsanlagen und die Arbeiten an der TA Luft.</p>	<p>Erbschaftsteuer rechtssicher für den Mittelstand ausgestalten Das neue Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht muss durch maßvolle Verwaltungsanweisungen ausgestaltet werden. Es bewertet Familienunternehmen nach wie vor viel zu hoch. Um eine Fortführung der Unternehmen in den nächsten Generationen zu sichern, ist eine zinslose Stundung der Steuer einzuführen.</p>	<p>Für offene Märkte eintreten und Protektionismus bekämpfen Die Stahl und Metall verarbeitenden Unternehmen produzieren zu über 50% für das Ausland. Handelsbarrieren und Protektionismus sind für uns existenzgefährdend. Ein freier Handel nützt dem Gemeinwohl. Der unbeschränkte Zugang zu den Weltmärkten muss gewährleistet werden.</p>
<p>Bürokratieaufwand abbauen Der Mittelstand wird einer ständig wachsenden Zahl von Gesetzen und Verordnungen ausgesetzt, deren Bewertung und Umsetzung erhebliche Kosten verursacht und Arbeitskräfte bindet. Der Erfüllungsaufwand steigt. Wirksame Mechanismen zum Bürokratieabbau sind einzuführen, zu stärken und – wie z.B. die „One in one out-Regel“ – fortzuentwickeln.</p>	<p>Energiewende-Umlagen beenden Hohe Strompreise gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Der Systemwechsel bei der Finanzierung der Energiewende ist einzuleiten – und zwar weg von den Umlagen auf den Strompreis hin zu einer fairen, demokratisch legitimierten Finanzierung des Übergangs zu einer nachhaltigeren Energieversorgung. Das gesamtgesellschaftliche Großprojekt muss gesamtgesellschaftlich finanziert werden.</p>	<p>Arbeitsschutz: Harmonisierung als Grundvoraussetzung Die deutschen Arbeitsschutzbestimmungen zählen zu den strengsten der EU und der Welt. Ein weiteres Auseinanderdriften der deutschen Vorgaben und der Vorgaben anderer Staaten ist im Sinne eines fairen Wettbewerbs zu verhindern. Z.B. müssen die Vorschriften zur Staubexposition in den EU-Arbeitsschutzrichtlinien für alle verbindlich und einheitlich geregelt werden.</p>	<p>Sozialversicherungen zukunftsfest machen Die Sozialversicherungen müssen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die Sozialkassen dürfen nicht weiter überstrapaziert und auch nicht durch versicherungsfremde Leistungen belastet werden. Die beschlossenen Mehrbelastungen des Rentensystems sind zu prüfen.</p>	<p>Schutz gegen unfairen Wettbewerb ermöglichen Der freie Handel darf nicht eingeschränkt werden, der faire Wettbewerb ist zu schützen. Transparente und wirksame Schutzmaßnahmen sowie effektive Antidumpingverfahren gegen staatliche Wettbewerbsverzerrungen müssen erhalten bleiben.</p>
<p>Forschung & Entwicklung fördern Die staatlichen Ausgaben zur Forschungsförderung müssen erhöht werden. Die Industrielle Gemeinschaftsforschung ist zu stärken und sollte mehr Kooperation zwischen KMU und Großunternehmen zulassen. Die Forschungsförderung muss themenoffen und technologieoffen sein, der Zugang zu Fördermitteln muss unbürokratischer werden.</p>	<p>Anstieg Netzentgelte stoppen Seit 2011 sind die Netzentgelte um über 40 % gestiegen. Ein weiterer Anstieg ist unbedingt zu verhindern. Im Sinne von Investitions- und Planungssicherheit ist Transparenz über die bisherigen Kosten sowie die weitere Entwicklung herzustellen. Zunehmende Redispatch- und Einspeisemanagementkosten sind durch einen zu beschleunigenden Netzausbau zu senken. Der Vorrang der Erdverkabelung ist zu hinterfragen.</p>	<p>Planungs- und Rechtssicherheit schaffen Planungs- und Rechtssicherheit spielen bei umweltrechtlichen Vorgaben eine wichtige Rolle. Nur dadurch kommt es zu langfristig verlässlichen Rahmenbedingungen. So müssen z. B. der Ausweitung der Klagerechte für Verbände interessengerechte Beschränkungen entgegenstehen. Außerdem darf die EU-REACH-Verordnung im derzeitigen Review-Prozess nicht wesentlich verändert, erweitert oder verschärft werden.</p>	<p>AGB-Recht bei Unternehmensgeschäften erhalten Mittelständische Unternehmen in der Mitte der Wertschöpfungskette sind oft einer erheblichen Nachfragemacht der Kunden ausgesetzt. Die Klauselkontrolle des AGB-Rechts sorgt hier für etwas Fairness und muss bleiben.</p>	<p>Freihandelsabkommen stärken und neue anstreben Das Handelsabkommen CETA mit Kanada muss zügig ratifiziert werden. Das Abkommen TTIP mit den USA soll auf der Handelsagenda bleiben. Weitere Freihandelsabkommen sind anzustreben. Der Europäische Binnenmarkt ist zu vertiefen.</p>
<p>Wertschöpfungsnetzwerke stärken Der faire Umgang zwischen Mittelstand und marktmächtigen Unternehmen in den Lieferketten ist auch vom Gesetzgeber zu befördern. Klare Regeln für einen fairen Wettbewerb sind weiter zu entwickeln. Es gilt die Handlungsmaxime des Ehrbaren Kaufmanns.</p>	<p>Klimapolitik global gestalten Das Pariser Abkommen ist ein Meilenstein bei der Bekämpfung der Erderwärmung, es darf aber nicht zu einseitigen nationalen Maßnahmen führen. Ein globaler CO₂-Markt muss mit Priorität angestrebt werden, um ein Level-playing-field zu erschaffen. Das EU-Emissionshandelssystem darf die Wettbewerbsfähigkeit nicht einschränken.</p>	<p>Risikobezug in der Stoffpolitik muss sein Verbote und Beschränkungen von Stoffen und Materialien sowie die Ableitung von Arbeitsplatzgrenzwerten dürfen nicht zu Lasten deutscher und europäischer Hersteller ausfallen. Jede Überprüfung muss risikobezogen sein, bei beherrschbaren Risiken ist keine Regulierung nötig. Für Stoffe der REACH-Kandidatenliste ist eine Prüfung der bestmöglichen Risikomanagementmaßnahme nachzuholen.</p>	<p>Europäische Gesellschaftsform schaffen Der Vorschlag für eine einheitliche europäische Gesellschaftsform für KMU („Europa-GmbH“) sollte umgesetzt werden. Die unterschiedlichen Rechtsformen in den jeweiligen Mitgliedstaaten sind unübersichtlich und erhöhen den Investitionsaufwand. Eine einheitliche Rechtsform schafft Rechtssicherheit und stärkt den Binnenmarkt.</p>	<p>Zugang zu Rohstoffen sichern Die Unternehmen brauchen einen barrierefreien Zugang zu den Rohstoffmärkten, neue Rohstoffquellen sind zu erschließen. Die Unternehmen dürfen nicht für die Durchsetzung nationaler politischer Sozialziele in Haftung genommen werden. Kein neuer Bürokratieaufwand durch neue Erklärungsspflichten.</p>